

Negative Berichte versus positive Klischees



Beim ersten deutsch-chinesischen Mediendialog streiten Journalisten aus beiden Ländern über ihre jeweilige Berichterstattung

Von Sven Hansen

Sven Hansen ist Asienredakteur der tageszeitung (taz) in Berlin und Mitglied im Kuratorium der Asienstiftung.

Deutsche Journalisten berichten meist negativ über China, chinesische Journalisten dagegen meist positiv über Deutschland. Doch seit einiger Zeit bestimmt die sehr negativ empfundene deutsche China-Berichterstattung ihrerseits das Deutschland-Bild chinesischer Medien. Dies war der Tenor von Journalisten und Medienwissenschaftlern aus dem Reich der Mitte beim ersten deutsch-chinesischen Mediendialog. Deutsche Reporter warnten hingegen davor, Berichte über negative Ereignisse als negative Berichterstattung zu werten. Das hieße, Überbringer von Nachrichten für deren Inhalt verantwortlich zu machen. Auch könnten sich solche Berichte positiv auswirken.

Deutsche Journalisten wunderten sich dagegen, warum sich Chinas Medien kaum für soziale Probleme in der Bundesrepublik interessierten und stattdessen meist lieber typische Deutschland-Klischees wie Autos, Bier und Fußball bedienten. Zwar würden die sozialen Probleme in China größer sein, doch würde die soziale Lage in Deutschland eben auch den Blick der Deutschen auf China beeinflussen.

Unabhängigkeit der Presse?

Die Proteste von Chinesen gegen die China-Berichterstattung des Magazins „Der Spiegel“, gegen als manipulativ empfundene deutsche Berichte über die Tibet-Unruhen im März sowie die Kontroverse um das chinesische Programm der Deutschen Welle verliehen dem Dialog große Aktualität. Er fand am 17. und 18. November in der südchinesischen Metropole Guangzhou (Kanton) statt. Zeitweilig ging es sehr kontrovers und lebhaft zu. Mehrfach wurde deutschen Medien eine „antichinesische Allianz“ vorgeworfen. Diese sei spätestens mit dem Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Jahr deutlich geworden.

Die Deutschen betonten dagegen die Unabhängigkeit ihrer Berichterstattung. Auch würden sie über die USA oder die deutsche Bundesregierung ähnlich kritisch berichten. Doch deshalb seien sie nicht antiamerikanisch oder antideutsch. „Dass es heute mehr Kritik an China gibt als früher ist ein Zeichen für seine gewachsene Bedeutung,“ meinte Matthias Nass, stellvertretender Chefredakteur der Zeit. „Wer an der Spitze steht, muss mit mehr Kritik rechnen.“ Er begrüßte, dass es in deutschen Medien so viel Berichte über China gebe wie noch nie.

Den Deutschen wurde vorgehalten, sensationslüstern über China zu berichten und die Volksrepublik zum Sündenbock der Globalisierung zu machen. „Chinas Aufstieg wird zu wenig als Chance gesehen,“ meinte Mei Zhaorong, ehemaliger chinesischer Botschafter in Deutschland und lange einer der einflussreichsten chinesischen Deutschlandpolitiker. Er gab mit seinen Vorwürfen oft den Ton vor, den andere chinesische Teilnehmer nur selten zu relativieren wagten. Seiner Meinung nach hätten die deutschen Medien bei ihrer Kritik jedes Maß verloren. Angeführte Beispiele erklärte er zu Einzelfällen, die nicht verallgemeinerbar seien. Ein chinesischer Teilnehmer warnte allerdings hinter vorgehaltener Hand

seine deutschen Kollegen, nicht zu sehr auf Mei zu hören.

Die Schwierigkeiten des Dialogs über investigativen Journalismus

Bei der Umweltberichterstattung, dem Hauptthema des vom Institut für Auslandsbeziehungen (IFA) im Auftrag des Auswärtigen Amtes organisierten Dialogs, redeten die 40 Teilnehmer besonders oft aneinander vorbei. Die Deutschen betonten, wie wichtig investigative Recherche sei und dass sie auch ohne Wissen der Behörden erfolgen müsse. Ohnehin kritisierten sie die mangelnde Kommunikationsbereitschaft chinesischer Behörden. Sämtliche chinesischen Redner betonten hingegen wie notwendig die Kooperation mit Behörden sei. Laut Cao Xin von Chinas investigativstem Wochenblatt Nanfang Zhoumo („Südliches Wochenende“) sei die Absprache mit dem recht fortschrittlichen Umweltministerium in Peking nötig, um Blockaden lokaler Behörden überwinden zu können, die Umweltsünder deckten. Die Deutschen sahen den investigativen Journalismus nicht verstanden, die Chinesen dagegen eigene Erfahrungen missachtet, die solche Bündnisse nahe legten.

Harald Schumann („Der Tagesspiegel“) stellte fest, dass viele westliche Medien in der Tat zu unkritisch westliche Regierungspositionen übernahmen. So etwa die, dass Klimaschutz nichts bringe, solange China nicht verbindlich mitmache. Das sei eine bequeme Ausrede und leugne die große Verantwortung des Westens, so Schumann. Doch umgekehrt kritisierte er, dass Chinesen nicht hinterfragten, dass ihre Regierung einem westlichen Entwicklungsmodell folge, dass nicht globalisierbar sei und auch für China in die ökologische Katastrophe führe. Chinesische wie deutsche Journalisten vernachlässigten den globalen Blick, so Schumann, und müssten sich von ihrer nationalen Perspektive lösen. Die chinesischen Teilnehmer schienen mit seiner Kritik nichts anfangen zu können.

Wo blieben die chinesischen Journalisten?

Auf chinesischer Seite waren insgesamt nur wenig Journalisten vertreten. Dagegen waren viele Medienwissenschaftler und Kader staatstragender Institutionen gekommen. Als zum Schluss die anfänglichen Vorwürfe über eine antichinesische Agenda deutscher Medien unverändert wiederholt wurden, zeigte sich die Größe des Misstrauens. Für chinesische Journalisten, die Vorgaben von ihrer Regierung bekommen, ist es unvorstellbar, dass der als so negativ empfundene Tenor deutscher Berichte nicht auf Vorgaben der Bundesregierung zurückgeht.

Teilweise erweckte die Verärgerung der chinesischen Teilnehmer über die deutsche Berichterstattung den Eindruck einer enttäuschten Liebe. So outete sich Cao Xin als ausgesprochener Deutschlandfan, der sogar bewusst ein deutsches Auto fahre. Umgekehrt legten deutsche Journalisten den Chinesen nahe, doch die deutsche Autoindustrie kritischer zu betrachten, da diese beim Umwelt- und Klimaschutz weit hinter ihren Möglichkeiten bliebe. Zugleich argumentierte ein deutscher Journalist aber am persönlichen Beispiel, dass er gar nicht anti-chinesisch sein könne, da er mit einer Chinesin verheiratet sei.

Systemgrenzen für die Freiheit der Berichterstattung

Manchmal schienen die Chinesen auch deshalb eine positive deutsche Berichterstattung zu erwarten, weil sie selbst meist so positiv über Deutschland berichtet hätten. Doch hier gab es auch Selbstkritik: „Ich wünsche mir viel mehr kritische Berichte chinesischer Korrespondenten, die die Realität in Deutschland darstellen,“ klagte etwa Gu Xiaojin,

Chefredakteur der englischsprachigen „Shenzhen Daily“. Auf die Frage, warum er denn nicht einen Korrespondenten nach Deutschland schicke und dem klare Aufträge gebe, sagte er nur, dass sei sehr schwierig. Zu vielen Themen dürfen Chinas Medien nur offizielle Berichte der Nachrichtenagentur Xinhua verwenden. Doch meist blieben bei dem Dialog die heiklen Fragen von Medienlenkung, -beeinflussung und Zensur unausgesprochen.

Die Differenzen der politischen Systeme schienen insgesamt stärker die Grenzen des Dialogs zu bestimmen als der unterschiedliche kulturelle Hintergrund. Bis deutsche Vorschläge zu gemeinsamen Recherchen realisierbar sind, dürften noch viele Dialoge nötig sein. Auf chinesischer Seite blieb allerdings unklar, ob dies überhaupt gewünscht ist. Auch hier dürften die Grenzen des politischen Systems ausschlaggebend sein.